

Wir lassen uns nicht spalten

Wir erleben in Österreich momentan eine Spaltung der Gesellschaft, die wir seit dem Bestehen der 2. Republik so noch nie erlebt haben. Besonders bedenklich ist, dass die Teilung der Menschen in zwei Gruppen von der Politik initiiert und stetig befeuert wird. Der Bundeskanzler erklärt, dass er Verständnis für die „Wut der Geimpften“ hätte, eine Demonstration von zig Tausenden Österreichern, die sich gegen eine Impfpflicht wehren wollen, bezeichnet er als „Zumutung“. Gleichzeitig sperrt man Nicht-Geimpfte weg, schließt sie vollkommen vom gesellschaftlichen Leben aus und brandmarkt sie bewusst als die Bösen. Sie seien die Pandemietreiber, sagte der Gesundheitsminister noch vor wenigen Wochen. Dem Wiener Bürgermeister kommt diese Wortwahl gelegen, er springt in vorausweisendem Gehorsam auf den Panikmache-Zug auf und verschärft für Wien die Maßnahmen wo er nur kann.

Am Ende des Tages muss man allerdings betonen, dass nicht jene, die sich aus unterschiedlichsten Gründen nicht impfen lassen, Schuld an der neuerlichen Corona-Ausbreitung tragen. Sie, die sich ohnehin regelmäßig testen lassen müssen, sind nicht die, die zur Verantwortung zu ziehen sind, sondern es ist eine Bundesregierung und es sind die Landesregierungen, die vollkommen versagt haben! Ihr Missmanagement in der Gesundheitspolitik, ihre Lügen gegenüber den Österreicherinnen und Österreichern und ihre Gier nach Macht haben das Land dorthin geführt, wo es heute steht – im bereits vierten Lockdown!

Um diese, die Wirtschaft zerstörende Maßnahme zu rechtfertigen, ist der Bundesregierung jedes Mittel recht. Sie gehen nun sogar soweit, eine generelle Impfpflicht auf den Weg zu bringen. Strafen in der Höhe von vielen tausend Euro sollen ab Februar jenen drohen, die sich nicht impfen lassen – egal ob Erst-, Zweit-, Dritt- oder sogar Viertstich. Gleichzeitig sehen die Behörden in die Gesundheitsdaten, also die höchstpersönlichen Daten eines jeden Einzelnen, einfach ungefragt ein. Vorbei ist das Recht auf Datenschutz, hin zum noch gläserneren Menschen. Das alles ist eine Bankrotterklärung der Politik von Bund und Ländern.

Die Klassifizierung und Ausgrenzung von Personenkreisen müssen ein sofortiges Ende haben. Wir müssen wieder zu einem Miteinander, hin zu einem Aufeinanderschauen. Treten wir gemeinsam dafür ein,

Euer


Stadtrat Dominik Nepp
FPÖ-Landesparteioobmann



Wussten Sie, dass ...

... die Pressekonferenz zur Verkündung des Lockdowns mit Gesundheitsminister Mückstein um einen Tag verschoben werden musste, weil das Betanken des Elektroautos so lange dauerte, dass er zu spät gekommen wäre?

Bleib' auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 Internet www.fpoe-wien.at



Impressum:
Freiheitliche Partei
Österreichs (FPÖ),
Landesgruppe Wien,
Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien,
Verlagspostamt: 1010 Wien,
Verlags- und
Herstellungsort: Wien
Österreichische Post AG/SP
05Z036406 S

Dieser Lockdown ist für Kinder und Jugendliche verheerend

Alle Wienerinnen und Wiener leiden massiv unter dem neuerlichen Lockdown. Für eine Gruppe sind die aktuellen Einschränkungen jedoch besonders fatal: Die Kinder und Jugendlichen. Seit mittlerweile 20 Monaten haben sie und ihre Eltern mit einem ständigen Wechsel von Distanz- und Präsenzunterricht zu kämpfen. Kinder, die jetzt die dritte Klasse Volksschule besuchen, haben noch kein einziges normales Schuljahr erlebt. Den Jugendlichen stiehlt man wertvolle Jahre ihres Lebens.

Trotzdem gibt es noch immer Fanatiker, die die Schüler vom Schulbesuch aussperren wollen. Und das, obwohl schwere Krankheitsverläufe bei einer Corona-Infektion fast nie vorkommen. Einer dieser Lockdown-Befürworter von Schulen ist Wiens SPÖ-Bürgermeister Ludwig. Wenn es nach ihm gegangen wäre, hätte es in diesen Tagen keinen Präsenzunterricht gegeben. Bedauerlich ist, dass der Wiener NEOS-Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr ebenfalls keinerlei Einsatz für ein Offenhalten der Schulen zeigt.

Während die pinke Partei auf Bundesebene gegen den Lockdown wettet, nickt Wiederkehr in Wien das rot-schwarz-grüne Zusperrn widerstandslos ab. Auch die Forderung der FPÖ, nach dem Einbau von Luftfilteranlagen in Schulklassen, die das Infektionsgeschehen nachweislich deutlich verringern, wurde weder vom türkisen Bildungsminister Faßmann noch vom pinken Bildungsstadtrat aufgenommen und umgesetzt.

Die Auswirkungen des monatelangen Eingesperrtseins gerade bei Kindern und Jugendlichen sind schwerwiegend. Laut Telefonseelsorgern von „Rat auf Draht“ sind die Beratungen von Jugendlichen mit Suizidgedanken während der Lockdowns um 20 Prozent gestiegen. Auch der Leiter der Jugendpsychiatrie im Wiener AKH schlug Anfang des

Jahres Alarm, weil die Zahl depressiver Kinder und junger Menschen mit Essstörungen explodiert. Auf der Station konnte man keine Betroffenen mehr aufnehmen. Den Grund sah der Psychiater in der Isolation.

Die FPÖ fordert, diese Schikanen für Kinder und Jugendliche zu beenden und ihnen wieder ein normales Leben zu ermöglichen. Das derzeitige Chaos rund um Homeschooling, Präsenzunterricht und nur teilweise stattfindende Schularbeiten ist inakzeptabel. Junge Menschen haben ein Recht auf Bildung und ein unbeschwertes Leben mit ihren Freunden.

**Euer
Maximilian
Krauss**





Mehr als einen feuchten Händedruck zum Dank

Sie sind die Helden der Pandemie: Die Pflegerinnen und Pfleger, Krankenschwestern und Ärzte – und genau ihnen wird von Seiten des Gesundheitsstadtrates sowie des Bürgermeisters jede Form der Anerkennung versagt.

In der Covid-19-Pandemie wurde allen erst so richtig bewusst, welche großartigen Leistungen das medizinische Personal für die Gesellschaft erbringen. Diese Arbeit wird unter physisch und psychisch belastenden Bedingungen geleistet, die mit anderen Berufsgruppen nicht vergleichbar ist. Mit dem Bemühen um Patienten und zu Pflegenden kann die Bezahlung dieser tragenden Säule im Gesundheitswesen längst nicht mithalten. Ganz im Gegenteil! Von ihnen wird verlangt, Tag und Nacht zu arbeiten, Wochenenddienste zählen ebenfalls zu ihrem Arbeitsalltag. Hinzu kommt, dass Keime und Viren ihre ständigen Begleiter sind – gerade in einer Pandemie eine weitere Verschärfung.

Bereits seit Jahren fordern wir Freiheitliche, dass diese Berufsgruppe monetär besser gestellt, ihre Arbeitszeit entsprechend angepasst und damit dem Gesundheitssektor endlich die verdiente Wertschätzung entgegengebracht wird.

Nicht zuletzt würde so ein Anreiz geschaffen, der mehr Menschen in diese Berufsgruppe führt.

Daher verlangen wir die Auszahlung eines Einmalbonus von EUR 1.000.- für alle in der Corona-Pandemie eingesetzten Mitarbeiter in Gesundheits- und Pflegeberufen, unabhängig von ihrem beruflichen Status (Ärzte, Krankenpfleger/Krankenschwestern, Sanitätspersonal usw.) und ihrem Ausbildungsgrad. Diese Vorgangsweise ist der sozialen Gerechtigkeit und dem Leistungsgedanken in diesem für die Gesellschaft so wertvollen Bereich geschuldet.

Die Wiener FPÖ pocht weiter auf Impf-Freiwilligkeit!

Die für Februar 2022 angekündigte Verpflichtung sich einen Corona Impfstoff injizieren lassen zu müssen, ist ein wahrer Skandal und ein Anschlag auf die Selbstbestimmung des Einzelnen. Jeder muss das Recht haben, frei darüber zu entscheiden, was mit dem eigenen Körper geschieht. In Absprache mit dem Vertrauensarzt kann geklärt werden, ob eine Impfung „ad personam“ sinnvoll ist oder eben nicht. Ein weiterer Aspekt, der gegen eine Impfpflicht spricht – unabhängig davon, ob es sich um einen Erststich oder eine Auffrischung handelt – ist die Tatsache, dass weder ein Antikörper-Grenzwert für Immunschutz noch das Immun-Korrelat (jener Wert, der zeigt, ob eine Auffrischungsimpfung notwendig ist) bis dato festgelegt werden konnte. Das hat den Anschein als muss einfach alles und jeder geimpft werden, aus welchen Gründen auch immer, ohne die Eigenheiten des Individuums zu berücksichtigen.

Außerdem ist die Einführung einer Impfpflicht rechtswidrig. Sie widerspricht § 110 StGB, der die Durchführung einer Heilbehandlung ohne die Einwilligung des Behandelten pönalisiert. Dessen Schutzzweck ist nach herrschender Meinung die Selbstbestimmungsfreiheit, nämlich die Freiheit der Entscheidung über

die Zulassung einer Behandlung sowie der Schutz des Einzelnen vor Eingriffen in die körperliche Integrität. Außerdem widerspricht ein Impfwang dem Art 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und dem Art 3 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC) und hebt nicht nur verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte, sondern auch Europäische Grundrechte aus. Aus diesen Gründen hat die Wiener FPÖ in der vergangenen Gemeinderatssitzung einen Antrag eingebracht, in dem sie die Stadtregierung auffordert, sich gegen einen Impfwang der Bundesregierung zu positionieren.



Haben sich Ihre Kontaktdaten geändert?



Dann teilen Sie uns das bitte mit. Damit helfen Sie uns, unsere Datenbank auf dem aktuellsten Stand zu halten.

Die Mitteilung können Sie entweder per Mail an die Landesgeschäftsstelle lgst.wien@fpoe.at, telefonisch unter **01/405 75 60** oder postalisch mit dem unteren Abschnitt richten.

Selbstverständlich werden Ihre Daten wie immer vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.



Ergeht an die
FPÖ-Landesgeschäftsstelle Wien
Rathausplatz 8
1010 Wien

Vor- und Nachname:

Tel.:

Adresse:

E-Mail: